

## Sitzungsniederschrift

### 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: <b>Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich (Raum 1.106)</b>		
Sitzungsdatum: <b>23.01.2020</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:00 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Bracklo, Agnes	BWM	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Gerhard Hoffmann
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AKSB	
<b>Grundmandat</b>		
Bienhoff-Topp, Ida		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Hülsebus, Dieter		
Krull, Hilde		

Pieschke, Bärbel

Tobiassen, Bernd

**Verwaltung**

de Vries, Ingo

Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung

Herrmann, Darinka

Jelden, Frauke

Gleichstellungsbeauftragte

Losse, Nils

Müller, Michael

Leiter des Sozialamtes

Puchert, Dr. Frank

Erster Kreisrat

Seemann, Volker

Stellvertretender Leiter des Sozialamtes

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Biller, Anita

SPD

Feldmann, Julia

SPD

Hoffmann, Gerhard

FW

**Beratende Mitglieder**

Bagusat, Klaus-Dieter

Eiben, Florian

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.10.2019  
- öffentlicher Teil -
5. Innovation in der Daseinsfürsorge
6. Förderung der verlässlichen Ferienbetreuung in den Kommunen
7. Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Integration von Frauen im Mütter- und Frauenzentrum Aurich e.V.  
Vorlage: IX/2020/009
8. Antrag der Gruppe FW und FDP vom 08.01.2020; "Grundrente und Grundsicherung"  
Vorlage: IX-AF/2020/001
9. Antrag der Gruppe FW und FDP vom 08.01.2020; "Unterhaltsverpflich-



tung gegenüber pflegebedürftigen Angehörigen"  
Vorlage: IX-AF/2020/002

---

10. Einwohnerfragestunde
  11. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
  12. Einwohnerfragestunde
  13. Schließung der Sitzung
- 

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1      Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzende Kleinert** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr.

---

#### **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzende Kleinert** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

---

#### **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Anschließend wendet **Vorsitzende Kleinert** sich an die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit der Frage, ob gegen die Tagesordnung Einwände bestehen.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

---

#### **TOP 4      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.10.2019 - öffentlicher Teil -**

**Vorsitzende Kleinert** lässt über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 24.10.2019 -öffentlicher Teil- wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

#### Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1  
➔ **einstimmig genehmigt**

---

#### **TOP 5      Innovation in der Daseinsfürsorge**



**Herr Dieter Meyer** von der Consulting GmbH aus Oldenburg berichtet in Form einer Power-Point-Präsentation über das „Bündnis Innovation in der Daseinsvorsorge“. Bei diesem Bündnis handelt es sich um einen Zusammenschluss aller 17 Landkreise und kreisfreien Städte aus dem Weser-Ems-Bereich. Durch diesen Zusammenschluss soll gemeinsam zu den Handlungsfeldern „Mobilität gewährleisten“, „gut wohnen und leben“, „Gesundheit und Pflege sichern“ sowie „Zusammenleben gemeinsam gestalten“ Lösungen erarbeitet werden, um auf die Bedarfe bzw. Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einzugehen und dadurch die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die dafür erforderlichen Maßnahmen und regionalen Projekte sollen in kommenden Jahren umgesetzt werden. Bislang wurden 140 Projektideen entwickelt. Die Prioritäten liegen dabei bei dem medizinischen Pflegepersonal und bei der Förderung des Ehrenamtes, insbesondere von jungen Menschen. Gerade bei der Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten ist es erforderlich, wichtige Aspekte wie Erreichbarkeit, digitale Vernetzung oder die Stärkung ehrenamtlicher Angebote eng zu verzahnen. Für eine Umsetzung ist es notwendig, den Kommunen eine Mitgestaltung zu ermöglichen und vorhandene Angebote in der Bevölkerung bekannt zu machen. Insbesondere im Bereich der Pflege stellt ein gemeinsames Portal eine Lösung dar, um einen geeigneten Pflegeplatz zu finden. Ein weiteres Thema ist die Telemedizin. Die Herausforderung besteht darin, diese in die Regelversorgung der Krankenkassen mit aufzunehmen. Darüber hinaus wird ein „Schienen-Bus-Grundnetz Weser Ems“ einschließlich eines Haltestellen-Katasters angestrebt, welches die Basis für den örtlichen/teilregionalen öffentlichen Personalnahverkehr als Ergänzungslösung darstellen soll. Mit Hinblick auf das zwingend notwendige ehrenamtliche Engagement, ist eine unbürokratische finanzielle Unterstützung auch für Kleinstprojekte wichtig.

**Abgeordnete Albers** fragt nach, an welchen Projekten sich der Landkreis Aurich beteiligt.

**Herr Meyer** erklärt, dass an den dargestellten Projekten grundsätzlich alle Landkreise beteiligt sind. Alle Bündnispartner sollen sich in den Projekten wiederfinden und einbringen können.

**Abgeordneter Strömer** bittet um Auskunft seit wann an der Ausarbeitung, als auch an der Umgestaltung der Projekte gearbeitet wird.

Nach Aussage von **Herrn Meyer** hat die Firma Consulting GmbH im Dezember 2018 den Auftrag erhalten. Dabei handelt es sich um eine Anschubfinanzierung, welche bis Ende März diesen Jahres befristet ist. Im Anschluss werden die entwickelten Projekte den Landkreisen vorgestellt. Sollten diese bei den Landräten auf Zustimmung stoßen, erfolgen im nächsten Schritt hinsichtlich der Umsetzung die erforderlichen Ausschreibungen.

**Grundmandatsinhaber Warmulla** bittet um Auskunft, inwieweit die Politik über die Entwicklung der Projekte informiert wird.

**Herr Meyer** erklärt, dass die Landräte halbjährlich über die Projektentwicklung informiert werden. Eine Transparenz der Arbeit des „Bündnis Innovation in der Daseinsvorsorge“ wurde durch diverse Auftaktveranstaltungen sichergestellt. Eine ausführlichere Berichterstattung seitens der Presse wäre dabei wünschenswert gewesen.



**Grundmandatsinhaber Warmulla** sieht als fragwürdig an, dem Ehrenamt zu viel aufzuerlegen. Für die Umsetzung, gerade im Bereich der Daseinsvorsorge, ist es erforderlich notwendiges Fachpersonal einzusetzen.

**Herr Meyer** erwidert, dass die Daseinsvorsorge gemeinsam erarbeitet und sichergestellt werden muss.

**Abgeordneter Strömer** erkundigt sich danach, was seit 2018 im Landkreis Aurich konkret passiert ist und durch wen der Landkreis Aurich vertreten wurde.

**Herr Meyer** antwortet, dass nachdem ein Netzwerk aufgebaut werden konnte, die ersten Auftaktveranstaltungen stattgefunden haben. Im nächsten Schritt wurden in Zusammenarbeit mit Vertretern aus den relevanten Fachbereichen die Schwerpunkte festgesetzt.

**Herr de Vries** weist darauf hin, dass Ende Mai eine Auftaktveranstaltung stattgefunden hat, zu der unter anderem auch die einzelnen Fraktionen eingeladen waren.

**Vorsitzende Kleinert** bedankt sich bei Herrn Meyer für den ausführlichen Vortrag.

---

#### **TOP 6      Förderung der verlässlichen Ferienbetreuung in den Kommunen**

**Frau Herrmann** informiert die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über das Angebot der Ferienbetreuung im Landkreis Aurich im Jahr 2019.

Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

#### Hinweis:

Die Angaben hinsichtlich der Anzahl der betreuten Jungen und Mädchen in der Samtgemeinde Brookmerland wurde im Nachgang korrigiert.

---

#### **TOP 7      Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Integration von Frauen im Mütter- und Frauenzentrum Aurich e.V.** **Vorlage: IX/2020/009**

**VR Müller** informiert die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über den Antrag des Mütter- und Frauenzentrums Aurich e.V. vom 05.12.2019. Das dort vorgehaltene Angebot in Form von Sprachkursen „Deutsch für ausländische Frauen“ in Verbindung mit der Betreuung der Kinder der Teilnehmerinnen wird weiterhin in Anspruch genommen, sodass die Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 2020 in Höhe von 4.000,00 Euro empfohlen wird.

**Abgeordneter Strömer** fragt nach, ob die Teilnahme an dem Angebot des Mütter- und Frauenzentrums durch die Ehemänner bzw. Lebenspartner der Teilnehmerinnen teilweise unterbunden wird.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärt, dass es sich bei dem Angebot des Mütter- und Frauenzentrums um ein zusätzliches Angebot zu den laufenden Sprachkursen der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden bzw. der Hilfsorganisation „Die Johanniter“ handelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung „Integration und Migration“ haben festgestellt, dass Fälle, in denen Ehemänner bzw. Lebenspartner eine Teilnahme an den Sprachkursen für Frauen tatsächlich verhindern nur sehr selten vorkommen.

Anschließend lässt die **Vorsitzende Kleinert** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 8**      **Antrag der Gruppe FW und FDP vom 08.01.2020; "Grundrente und Grundsicherung"**  
**Vorlage: IX-AF/2020/001**

**VR Müller** referiert anhand einer Power-Point-Präsentation über das Thema „Grundrente“.

Die CDU/CSU und SPD habe sich mit Beschluss vom 10.11.2019 darauf verständigt, ab Januar 2021 die Grundrente einzuführen, jedoch liegen zum jetzigen Zeitpunkt nur Eckpunkte zur Einführung vor. Eine abschließende verbindliche Aussage über die Auswirkungen für die Kreisverwaltung auch mit Hinblick auf die Entwicklung der Anzahl der Bezieher von Grundsicherungsleistungen als auch auf eine evtl. eintretende Entlastung der Sachbearbeiter des Sozialamtes kann erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens getroffen werden. Es wäre vorstellbar, in der zweiten Jahreshälfte unter Hinzuziehung eines Vertreters der Deutschen Rentenversicherung erneut über dieses Thema zu berichten.

**Abgeordneter Strömer** bedankt sich für die seitens der Verwaltung zusammengefassten Informationen und befürwortet den Vorschlag, nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in der zweiten Jahreshälfte erneut über die Einführung der Grundrente und den daraus resultierenden Folgen für die Kreisverwaltung zu berichten.

Hinweis:

Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

---

**TOP 9**      **Antrag der Gruppe FW und FDP vom 08.01.2020; "Unterhaltspflicht gegenüber pflegebedürftigen Angehörigen"**  
**Vorlage: IX-AF/2020/002**

**VR Müller** informiert die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung anhand einer Power-Point-Präsentation über das Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz) vom 10. Dezember 2019, welches zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist. Eltern und Kinder von Personen, die Leistungen der Sozialhilfe

erhalten, werden künftig nur noch dann zum Unterhalt herangezogen, wenn ihr Einkommen 100.000,00 Euro pro Jahr übersteigt. Er weist darauf hin, dass die Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger oft mit der sozialhilferechtlichen Einstandspflicht verwechselt wird. An dieser ändert sich jedoch nichts. Einstandspflichtig sind Eltern für ihre minderjährigen Kinder (einseitig) und nicht getrenntlebende Ehepartner, Partner in eheähnlichen Gemeinschaften sowie gleichgeschlechtliche Partner in eingetragener Lebenspartnerschaft oder einer ähnlichen Gemeinschaft füreinander (wechselseitig). Die Auswirkungen im Bereich der Eingliederungshilfe (VI. Kapitel SGB XII) beziehen sich darauf, dass Eltern entlastet werden, deren volljährige Kinder Eingliederungshilfe beziehen. Sie müssen künftig keinen Beitrag mehr zu den Leistungen für ihre Kinder aufbringen. Die Auswirkungen im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt (III. Kap.) und Hilfe zur Pflege (VII. Kap.) beziehen sich darauf, dass Eltern und Kinder unterhaltsberechtigter Leistungsbezieher erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000,00 Euro (je unterhaltsverpflichteter Person) für die Kosten herangezogen werden. Bezugnehmend auf den Antrag der Kreistagsfraktion „FW/FD“ vom 08.01.2020 erklärt VR Müller, dass das Land Niedersachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe dem Landkreis Aurich als örtlichen Träger der Sozialhilfe die durch Heranziehungen entstehenden Aufwendungen anteilig erstattet, da beide Träger sich gegenseitig an den Aufwendungen beteiligen. Die Beteiligung des Landkreises Aurich an den Aufwendungen des Landes Niedersachsen beträgt in den Jahren 2020 und 2021 jeweils 20 Prozent und im Jahr 2022 und den darauffolgenden Jahren jeweils 10 Prozent. Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine verbindliche Aussage über die personellen Auswirkungen getroffen werden. Zukünftig muss geprüft werden, ob das Einkommen grundsätzlich Unterhaltspflichtiger den Betrag von 100.000,00 Euro übersteigt. Im Bereich der Eingliederungshilfe ist aufgrund der gesetzlichen Änderungen innerhalb der letzten zwei Monate die Anzahl der Anträge erheblich gestiegen.

**Abgeordnete Albers** begrüßt ausdrücklich das auf den Weg gebrachte Angehörigen-Entlastungsgesetz. Dadurch werden Angehörige von alten bzw. behinderten Menschen finanziell entlastet.

Hinweis:

Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

---

**TOP 10**      Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 11**      Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

**Abgeordnete Albers** erkundigt sich bei Frau Jelden über das noch ausstehende Konzept über die geschlechtergerechte Sprache in der Kreisverwaltung. Sie bittet darum, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über den Sachstand zu berichten. Darüber hinaus bitte sie darum, in dieser Sitzung ebenfalls über das Thema „Sexismus in der Kreisverwaltung“ sowie über den Beitrag des Landkreises Aurich zu den „Frauenwochen“ zu referieren.



**Abgeordneter Strömer** regt an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über das Frauenhaus zu berichten.

**Vorsitzende Kleinert** sichert zu, die genannten Themen bei der Aufstellung der Tagesordnung für die kommenden Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu berücksichtigen.

---

**TOP 12**      **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 13**      **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzende Kleinert** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:42 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Kleinert  
Vorsitzende

\_\_\_\_\_  
gez. Losse  
Protokollführer